

# Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands  
und Publikationsorgan der Zentral-Franken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 23.

Erscheint jeden Sonntag.  
Abonnementpreis: Mk. 1.— für das Vierteljahr.  
Su beziehen durch alle Postanstalten.

Gotha, 7. Juni 1914.

(Telephon: Nr. 174.)

Inserate kosten 50 Pfg. die einspaltige Petitzeile.  
Bei Wiederholungen Rabatt. — Stellen-  
vermittlung-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg.

28. Jahrg.

## Willkommen in Hamburg!

In der zweiten Juniwoche tagt das deutsche Schuhmacherparlament in Hamburg, der großen Handels- und Hafenstadt, der zweitgrößten Stadt Deutschlands, um über das Wohl und Wehe der 44000 Mitglieder des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands zu beraten. Es ist das erstemal, daß unser Verbandstag in Hamburg stattfindet, aber vielen Delegierten, die hinkommen, dürfte es dennoch keine unbekannt Stadt sein. Die große Elbestadt hat eine alte Arbeiterbewegung, die heute bedeutungsvoller und mächtiger da steht als je. In dem verstorbenen Genossen Heinrich Bürger\*) und dem noch lebenden Genossen Dr. S. Laufenberg\*\*) hat sie bereits ihre Geschichtsschreiber gefunden, die mit ihren Werken unsere soziale Literatur sehr wertvoll bereicherten. Hamburg ist eine Hochburg der deutschen Sozialdemokratie: mit seinen ca. 150.000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern auch ein Hauptsitz der deutschen Gewerkschaftsbewegung und ebenso ein solcher der Genossenschaftsbewegung, denn der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ mit seinen 70.000 Mitgliedern und einem Umsatz von 2347.000 Mark im Jahre 1913 gehört zu den größten und bedeutendsten Genossenschaften nicht nur in Deutschland, sondern auch in der gesamten internationalen Genossenschaftsbewegung.

Es ist also ein in jeder Beziehung günstiger sozialer Boden, auf dem unsere Generalversammlung tagt und dieses bedeutende Milieu wird auch einen guten Einfluß auf ihre Verhandlungen ausüben.

Seiner provisorischen Tagesordnung nach wird unser Verbandstag nicht von welterschütternder Bedeutung sein, sondern ein solcher der internen Angelegenheiten, ein Geschäftstagsreg. Nun liegen allerdings Anträge auf Erweiterung der Tagesordnung und Stellungnahme zu wichtigen Beisragen vor. Es sollen noch „Die Entwicklung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen unter Berücksichtigung der Vorforderungen der Schmarfmacher gegen das Koalitionsrecht“, „Die technische Entwicklung im Schußgewerbe und unsere Stellungnahme gegenüber den Geschäftsführern in den Vorkaufsstellen“ und „Die Lehrlingsfrage“ behandelt werden. Stimmt der Verbandstag diesen Anträgen zu, so erfährt dadurch die Tagesordnung eine erhebliche Erweiterung; allerdings würden dadurch auch die Verhandlungen an Bedeutung nach innen und außen gewinnen.

Ein Punkt fehlt diesmal auf der Tagesordnung, der immer Leben und Kampf bedeutet, nämlich Beitrags-erhöhung. Die vom letzten Verbandstag in Dresden beschlossene Beitragserhöhung hat den gewollten Zweck, die finanzielle Stärkung des Verbandes, trotz zahlreicher Kämpfe und der Vermehrung der Ausgaben für die verschiedenen Unterstufungen erreicht; der Kassastand ist von 552.543

\*) Die Hamburger Gewerkschaften und deren Kämpfe von 1865 bis 1890. Hamburg 1899. Verlag des Hamburger Gewerkschaftsvereins.

\*\*) Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgegend. 1. Band. Hamburg 1911. Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Mark Ende 1911 auf 865.287 Mk. Ende 1913 gestiegen, was eine Zunahme um 312.744 Mk. bedeutet.

Zahlreiche Anträge bezwecken kleine Verschleibungen und Verbesserungen des Unterstufungswehens im Rahmen der gegebenen Beitragsverhältnisse, deren Erledigung von ihren finanziellen Wirkungen abhängt. Die Hauptaufgabe einer Gewerkschaft ist immer die Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse und da damit immer wieder kostspielige Kämpfe verbunden sind, so gilt es, jederzeit auf die genügende finanzielle Leistungsfähigkeit der Organisation bedacht zu sein. Diese Erwägung war bestimmend für die letzte Beitragserhöhung in Dresden und darauf wird bei der Behandlung jener Anträge auf dem Verbandstag allerseits die nötige Rücksicht zu nehmen sein.

Was kommt noch der weitere Umstand, daß wir noch mitten in der Wirtschaftskrise stehen, die für jede Gewerkschaft die Erhöhung der verschiedenen Unterstufungen, namentlich der Kranken- und Arbeitslosenunterstufungen, zur Folge hat, was ebenfalls nicht zu übersehen ist.

Die andern zahlreichen Anträge, die die Agitation, zum Teil Verwaltungssachen, teilweise Aenderung der Bezirksorganisation, Vermehrung des unterhaltenden Teiles im Fachblatt etc. betreffen, können wir hier wohl übergehen. Manche dieser Wünsche wird ohne Schwierigkeiten entgegengenommen werden können.

Ein Antrag betrifft die Einführung des freien Sonabend-Nachmittags und dafür allenfalls als Ersatz die Verlängerung der Arbeitszeit an den anderen fünf Wochentagen, beispielsweise von 9 auf 9½ Stunden. Der Vorschlag wird gewiß auf Widerstand stoßen. Der freie Sonabend-Nachmittag, der durchaus wünschenswert und schätzenswert ist, soll nicht durch einen für die Arbeiter bedenklichen Rußhandel mit den Unternehmern erlangt werden. Der Neunstundentag an den ersten fünf Wochentagen und eine fünfstündige Arbeitszeit am Sonnabend mit dem freien Nachmittage, also die 50stündige Arbeitswoche, ist heute schon angesichts der hohen Entwicklung der Technik und der Organisation der Arbeit in der Fabrik, in der gesamten deutschen Schuhindustrie möglich.

Von Wichtigkeit ist der Antrag auf Errichtung von Betriebswerkstätten und Reparaturwerkstätten durch den Verband. Es kann sich dabei unseres Erachtens nur um genossenschaftliche Unternehmungen handeln, zu deren Gründung der Verband die nötigen Mittel hergeben soll. Wir meinen, sie sollten in Verbindung mit Konsumgenossenschaften, die eine große und organisierte Kundenschaft bieten und auch die nötigen Finanzen dazu haben, gegründet werden.

Eine Neuauflage des alten Kampfes gegen den verwerflichen Fourniturenwucher konnte nur begrüßt werden.

Der Kampf um die Jugend, auf den sich eine Resolution bezieht, wird von allen Seiten mit steigendem Interesse und erhöhter Tätigkeit geführt, wobei es sich für uns um nichts Geringeres als um die Erhaltung der proletarischen Jugend für unsere hohe Sache handelt. Dafür wird bereits viel getan und kann nie genug, nie zu viel getan werden.

Der Antrag Dresden, die Verschmelzungsfrage wieder aufzurollen, ist durch die Leberarbeiter schon vor unserem Verbandstage in ablehnendem Sinne erledigt worden, indem ihr kürzlich in Berlin stattgefundenen Verbandstag eine bezügliche Resolution mit 18 gegen 14 Stimmen zurückwies. Ebenso wurde der Anschluß an eine internationale Union für alle in der Leder- und Lederarbeitungsindustrie durch den Beschluß, ein internationales Sekretariat der Leberarbeiter und Schuhmacher zu errichten, abgelehnt. Auch die Sattler sind für die Verschmelzung mit den Schuhmachern nicht zu haben. Man mag diesen gegenwärtigen Stand der Dinge bebauern, aber jedenfalls läßt sich davon sobald noch nicht etwas ändern.

Undemokratisch erscheinen uns die Anträge, statt alle 2 Jahre in Zukunft nur alle 3 Jahre einer Verbandstag abzuhalten. Daß Volk gar nicht zum Worte kommen zu lassen ist das Wesen des Absolutismus dem Parlamentarismus möglichst wenig Macht einzuräumen, das Wesen des Scheinkonstitutionalismus oder Halbabsolutismus; dem Volke alle Rechte und alle Macht zu überlassen, das Wesen der Demokratie. Da wir in unseren großen Gewerkschaften die Urabstimmung nicht haben, so beruht die Macht des Verbandes in seiner Delegiertenversammlung, die die Statuten festsetzt, die Tätigkeit seiner Beamten kontrolliert, die Beamten wählt usw. Es ist klar, daß da umso mehr Demokratie besteht, je öfter diese Rechte ausgeübt werden, umso weniger Demokratie, je seltener sie ausgeübt werden. Gewiß, die Demokratie kostet Geld, aber es handelt sich dabei um sehr gut angelegtes Kapital im Interesse des Volkes. Jeder Verbandstag bedeutet eine neue moralische Stärkung und Befestigung des Verbandes, eine Erhöhung des Vertrauens seiner Mitglieder zu ihm, eine Verdoppelung seiner Werbetraft.

Es harren also, alles in allem genommen, wichtige Aufgaben der Beratung und Erledigung durch den Verbandstag. Die gesamten Verhandlungen werden von dem Streben geleitet sein, unseren Verband vorwärts zu bringen, die besten Mittel und Wege zu bestimmen, ihm die noch fernstehenden Tausende unorganisierten Kollegen und Kolleginnen als Mitglieder zuzuführen und ihn so immer mehr in den Stand zu setzen, die Lage der gesamten Arbeiter der deutschen Schuhindustrie zu heben, angenehmer und erträglicher zu gestalten.

Wir brauchen starke und machtvolle Organisationen, um die unheilvollen Wirkungen der Wirtschaftskrise zu überwinden, um einen vollen Ausgleich mit der herrschenden Leuerung und darüber hinaus noch einen Ueberschuß für die kulturelle Hebung der Arbeiterklasse zu erlangen und wir brauchen endlich starke und machtvolle Gewerkschaften, um die politische Reaktion, die Barbarei des Schmarfmachertums und die arbeiterfeindlichen Handlangerdienste der Regierungen unwirksam zu machen.

Zu diesem Sinne entbieten wir den Delegierten zu ge-  
beiliger Arbeit unser

Willkommen in Hamburg!

## Geschichtliches von der Schuhmacherbewegung in Hamburg.

Hamburg beherrschte gegenwärtig mit 559 Mitgliedern eine der größten Zahlstellen unseres Verbandes, zu denen ja gewiß noch manche neue Mitglieder hinzugewonnen werden können.

Die große Hafen- und Handelsstadt an der Elbe hat für die Schuhmacherbewegung immer erhebliche Bedeutung besessen und gewiß viele Kollegen, die aus allen Teilen Deutschlands hierher zugereist kamen und da arbeiteten, aber noch sozial rückständig waren, unserer Bewegung zugeführt. Auch in den Lehr- und Wanderjahren des Kollegen B o d p i e t t Hamburg eine Rolle. Auf dem ersten deutschen Schuhmacherkongress, der im September 1868 in Berlin stattfand, war auch Hamburg durch den Kollegen R. P r a a s t ver-

treten. Die von ihm vertretene Zahl von Kollegen war mit 30 freilich noch recht bescheiden, aber immerhin ein Anfang. Altona dagegen ließ ebenfalls durch Proact 176 Kollegen vertreten.

Die Hamburger Schuhmacherbewegung geht aber noch etwas weiter zurück, wie Bürger in seinem Buche über die „Hamburger Gewerkschaften“ berichtet, wobei aber nicht ersichtlich ist, ob die damaligen Schuhmachergesellen organisiert waren oder nicht. Nach Bürger führten die Schuhmachergesellen im Jahre 1865 Klage darüber, daß ihr Verdienst bei Kost und Logis sehr gering sei und sie forderten daher in Hamburg und Altona eine 20prozentige Lohn-erhöhung. Es kam darüber zum Streit, der auch auf Wanderschaft hinübergriff.

Am Streit beteiligten sich annähernd 2000 Mann. Ende Mai hatten bereits 700 Gesellen die Forderungen bewilligt erhalten, so daß anfangs Juni in Hamburg nur noch 150 Gesellen streikten, die mit den eingegangenen 700 Konstant-

Markt (à 1,20 Mk.) unterstützt wurden. In Altona streikten noch circa 200, während circa 400 die Forderungen bewilligt erhalten hatten. Jetzt traten aber 300 St. Georger Gesellen in die Bewegung ein. Der alte Tarif lautete: für Herrenstiefel 3 Mk. 4 Schilling (nach altem Geld, nach heutiger Währung 1,50 Mk.), ferner 3 Mk. 6 Sch. und 3 Mk. 8 Sch. und ebensoviele für Stiefelknecht. Bei einigen Fleiß konnten in der Woche 3 Paar hergestellt werden, so daß der Verdienst 9 Mk. 12 Sch. bis 10 Mk. 8 Sch. wöchentlich betragen konnte. Für Herrenvorhänge gab es 2 Mk. 4 Sch. bis 3 Sch. Bei fleißiger Arbeit waren davon 4 Paar pro Woche herzustellen, so daß sich der Wochenverdienst auf höchstens 10 Mk. belief. Davon waren die Ausgaben für Kost, Logis, Mietung, Werkzeug und Fournituren zu bestreiten.

Es wurden vielfach Klagen laut, daß unter den Gesellen zu wenig Einigkeit und Standhaftigkeit vorhanden sei. Viele Gesellen hatten die Arbeit schon bei 10 und 12 Prozent Zulage wieder aufgenommen. Am 12. Juni fand







auszahlen zu können? Was sagen die übrigen Arbeitgeber der Schuhindustrie zu einem solchen Terrorismus?

Wir wollen einmal ruhig die Antwort auf obige Frage abwarten, jedenfalls hat aber die „Schuhfabrikanten-Vereinigung von Friedriehshafen“ den Anspruch als „Verständlichkeit“ betrachtet zu werden.

## Zur Politisch-Erklärung der Gewerkschaften.

In Berlin nahm eine Massenversammlung der dortigen Gewerkschaftsfunktionäre zu der versuchten Politisch-Erklärung der Gewerkschaften Stellung.

Rechtsanwalt Heine hatte das Referat. Aus seinem „Archiv der Niedertracht“, welcher Titel seiner recht reichhaltigen Sammlung von gegen organisierte Arbeiter und ihre Gewerkschaften ergangenen Gerichtsurteilen in faktischer Weise verliehen wurde, sollte er einige Fälle der ärztlichen Schikanen und Drangsalierungen hervorbringen, die in den Gewerkschaften tätigen gewiß schon Bekanntes, manches Neue, recht Empörende. Zweifelhafte Beurteilung des gleichen Vorgehens, wenn Gewerkschafter, Sozialdemokrat, Unternehmer, Selber oder Christlicher vor Gericht steht, wurde hier vom Juristen, der aus einer reichen Praxis spricht, trefflich beleuchtet. Der Fall des Obermeisters Schmidt von der Berliner Bäckereinnung, die Erpressungsanfrage gegen Angestellte des Breslauer Metallarbeiterverbandes und die Ablehnung der Strafverfolgung gegen Breslauer Metallindustriellen, die Schmiergeldaffäre gegen Genossen Richard Fischer vom „Vorwärts“ ließen bei ihrer Erwähnung Betrachtungen über die Inparteilichkeit preussischer Justiz aufsteigen. Aber auch einige neuere juristische Deduktionen, namentlich auf dem Gebiete des Streikbrecherschutzes und des Streikpostenstehens, regten dazu an.

Spontaner Beifall löste Heines Auspruch aus, daß daselbe Gericht, von dem der Müller von Sanssouci hoffte, daß es vor dem König nicht kapitulieren würde, heute vor seiner Majestät dem Schuzmann kapituliere.

Und die Allmacht des Schuzmanns entscheide, ob der Streikposten in menschenleerer Straße ein Verletzungsrisiko bilde, ohne daß das Gericht eine Tatsachenprüfung vornehme. In kurzem historischen Umriss über die Geschichte des Koalitionsrechts in Deutschland und die seit Uebeginn seines Bestehens geführten Kämpfe um seine Erhaltung und Verbesserung, aber auch um Verschlechterung kam so manche Episode kleinlicher Niedertracht und offener Rechtsverdrängungen unserer Gegner, aber auch solche energischen Widerstandes der Arbeiterorganisationen in Erinnerung. Ein Hohngelächter lösten daher die vom Referenten zitierten Worte des Staatssekretärs bei Beratung des Reichsvereinsgesetzes aus, der im Reichstage meinte: „Haben Sie doch Vertrauen zur Regierung, die Politik kleinlicher Nadelstiche liegt der Regierung fern.“ Heine meinte, er habe damals schon an eine liberale Anwendung des Gesetzes gegen die Arbeitervereine nicht geglaubt. Seine Voraussetzungen und Voraussetzungen aber seien bei weitem übertroffen worden, er müsse unseren Gegnern das Kompliment machen, daß sie sich im Widerspruch des Gesetzes noch erheblich geschickter gezeigt hätten, als er ihnen zugestanden habe.

Wenn Heine mit Bezug auf die Politisch-Erklärung sagte, daß sie juristisch falsch sei, daß die von den Behörden angeführten Gründe wohlfeil wie Brombeeren seien und die ganze Aktion gegen die Gewerkschaften vom Saun gebrochen wurde, so sprach er damit das in jedem der Anwesenden gewiß Selbstempfundene aus. Heine wies an Beispielen nach, wie geradezu unumgänglich es ist, auch in dem

politisch neutralsten Verein sich ängstlich von jeder Erörterung politischer Fragen fernhalten zu können. Selbst der Vogelshuhverein beschloß sich mit Politik, wenn er in Eingaben an den Reichstag die Abschiebung von Paradiesvögeln verhindert wissen will. Die Gewerkschaften aber würden ihre Pflicht vernachlässigen, wenn sie achtlos an der Befehlsgebung vorbeigingen. Solche gelegentlichen, aus dem Zwange geborenen Beschäftigungen mit politischen Fragen machen aber — selbst nach früher gegebenem Auspruch des Staatssekretärs — einen Verein noch nicht zu einem politischen. Doch diese ganzen Maßnahmen zielen in der Hauptsache auf die Entfernung der Jugendlichen aus den Gewerkschaften ab. Der Jungdeutschlandbund treibe unter der Leitung von Beamten und Behörden offenbare Politik. Die Gewerkschaften aber wolle man verfeinern, für einen technisch ausgebildeten gewerblichen Nachwuchs zu sorgen. Das sei Berechtigt in Deutschland! Der Paragraph über die Jugendlichen im Reichsvereinsgesetz, der durch ein Rechtsmittel der Konservativen von den Liberalen ins Gesetz hinein kam, war von allen politischen, gegen die Arbeiterklasse verübten Niedertrachten der letzten Jahrzehnte eine der größten.

Am diesen neusten Schlag gegen unsere Gewerkschaften zu parieren, deutete Heine an, daß die Gewerkschaften ein planmäßiges Vorgehen gegen unsere Gegner vorbereiten müßten. Der Kleinkampf in umfassender Weise müsse beginnen. Durch rückwärtslose Vorfstellung der täglich großen Verluste unserer Gegner gegen das Gesetz müßten die Befürworter dieser schändlichen Anwendung des Gesetzes gegen die Arbeiter sich schließlich in ihrer eigenen Schlinge fangen. Ein geschlossenes Vorgehen aller Gewerkschaftsmitglieder ohne Unterschied der Richtung habe frühere reaktionäre Maßnahmen schon mit Erfolg abgeschlagen. Daneben das feste Bestreben aller Gewerkschaftsmitglieder, die Zahl der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen zu verdoppeln — das müsse das Gelübde für die Zukunft sein.

Durch lebhaften Beifall bekundete die Versammlung, im Sinne des Referenten wirken zu wollen.

## Gerechtlich sanktionierter Koalitionszwang der Unternehmer.

Kommt der Arbeiter auch nur in den leisesten Verdacht, auf seinen unorganisierten Kollegen eingewirkt zu haben, daß er sich der Organisation anschließen soll, so faßt der Staatsanwalt ihn am Krage und ein weißes Richterkollegium verhängt über den „Terroristen“ auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung eine Freiheitsstrafe. Daß der Koalitionszwang aber eine ganz andre Beurteilung erfährt, wenn er nicht in Arbeiterkreisen, sondern in andern Bevölkerungsschichten geübt wird, ist hinlänglich bekannt. Den Zwangsmaßnahmen ist schon gewissermaßen gesehlich der Koalitionszwang gewährt.

Vor einiger Zeit hatten sich vor dem Landgericht I in Berlin 3 Mineralwasserfabrikanten wegen Vergehen gegen das Gesetz zum Schutze der Warenbezeichnung zu verantworten. Der Tatbestand der Anklage interessiert hier nicht, mehr dagegen die Erledigung der Sache. Es kam nämlich in dieser öffentlichen Sitzung der Strafammer ein Vergleich zustande, wonach unter Uebernahme der Kosten die Angeklagten sich verpflichteten:

An den Verband der Mineralwasserfabrikanten eine Buße von 200 Mark zu zahlen; die Angeklagten verpflichteten sich weiter, solange sie den Handel mit Selterswasser und ähnlichen Produkten betreiben, ihre Wagen und ihre

Fabrik durch ihre Kontrolloren oder sonstigen Beauftragten des obigen Verbandes einer Durchsicht unterziehen zu lassen bei Weidung einer Konventionalstrafe von 30 Mk. für jeden Fall der Zuwiderhandlung;

und endlich verpflichteten sich die Angeklagten, innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach erfolgter Aufforderung des oben erwähnten Verbandes bei Weidung einer Konventionalstrafe von 300 Mark für jeden von ihnen einen von drei zu dem Verband gehörigen Selterswasserfabrikantenvereine in Groß-Berlin beizutreten.

Wie wird unser denn! Preussische Richter legen jemandem unter Androhung einer Strafe von 300 Mark die Verpflichtung auf, einer Organisation beizutreten? Wenn immer es sich hier um die Wahrung von Standesinteressen oder Geschäftesinteressen handelt — von einem Richterkollegium muß eine solche Sanktion zu einem ausgesprochenen Koalitionszwang doch wunder nehmen. Wir wünschten nur eine gleiche Auffassung den Arbeiterkoalitionen gegenüber. Der Tarifbrecher, der Streikbrecher, auch der Unorganisierte in Arbeiterkreisen wird den Standesinteressen seiner Klasse entgegen. Würde ihn ein preussischer Richter bei einer Konventionalstrafe verpflichten, nein auch nur ins Gewissen reden, daß er seine schädigende Sonderstellung aufgeben und der Organisation anschließen soll, um etwa den Schutz der Organisation und den des Tarifvertrages zu genießen? Nein, ein solcher Aufseher wird von den Herren Richtern als das nützlichste Element im Staate gepriesen, sein Verhalten wird gesehlich geschützt und die etwa an ihn ergangene Mahnung zur Koalition wird an dem gestraft, der sie an ihn richtet. Aber: Wenn zwei daselbe tun, ist es eben nach dem Auspruch eines preussischen Justizministers noch nicht daselbe.

## Die Frauen in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung.

Die gewerkschaftliche Frauen-Liga von Amerika (National Women's Trade Union League of America) hat sich abermals als ein fortschrittlicher Faktor innerhalb der Arbeiterbewegung der Vereinigten Staaten erwiesen, indem sie ihrer Hauptverwaltung in Chicago eine Einrichtung angegliederte, wie sie bisher in der amerikanischen Gewerkschaftswelt noch unbetanet war: eine Schule zur systematischen und gründlichen Ausbildung agitatorischer und organisatorischer Kräfte. Die Schule wurde in diesem Winter mit ungefähr 30 Schülerinnen, sämtlich organisierte Arbeiterinnen, eröffnet. Zwei von ihnen studieren über Tag, für die anderen sind Abendkurse eingerichtet worden, und nach Art aller an weitere Volkstheile appellierenden amerikanischen Bildungsanstalten — beispielsweise sogar der Chicagoer Unioersität — lehrt die Frauen-Gewerkschaftsschule in Chicago auch auf dem Postwege. Das Bedürfnis für eine solche Schule wurde empfunden, als in den vergangenen Jahren die an die Verwaltung der Liga herantretenden Gesuche um Entsendung von unterrichteten und befähigten Frauen zur Gründung von örtlichen Gewerkschaften oder zur Heranziehung der weiblichen Elements an bestehende Verbände immer zahlreicher wurden, so daß die vorhandenen agitatorischen Kräfte — bis dahin meist bürgerliche Frauen — der Arbeit nicht mehr gewachsen waren. Die Schule wirkt auch dadurch fortschrittlich, daß sie auf dem Grundsatze beruht, für die Agitations- und Organisationsarbeit jeweils nur noch proletarische Frauen, Arbeiterinnen der Gewerbe, zu verwenden. Die „Trade-Union-Girls“ selber lösen damit die wohlmeinenden Damen ab, die in der Liga jahrelang anerkannterworbene Pionierdienste geleistet haben. Daß die Unterweisung nicht

tamen an 27 025 Schiffe mit 10 Millionen Tonnen und gingen ab 26 611 mit ebenfalls fast 10 Millionen Tonnen Ladung.

Das größte Segelschiff der Hamburger Firma Laeisz ist 120 Meter lang und 15 Meter breit, es hat einen mittleren Tiefgang von 7,82 Meter, wobei es 8580 Tonnen Wasser verdrängt und über 6000 Tonnen Ladung trägt, zu deren Fortschaffung 600 Eisenbahndoppelwagen nötig sein würden.

Die größten Dampfer sind ebenfalls Hamburger Eigentum. Wir nennen nur die Namen „Imperator“ und „Waterland“. Letzterer, der größte Dampfer der Welt, ist erst kürzlich vom Stapel gelaufen. Er ist 276 Meter lang, 30,5 Meter breit und 20 Meter hoch, hat 1200 Mann Besatzung und für fast 6000 Passagiere Raum. Das erste Dampfschiff wurde im Jahre 1816 im Hamburger Hafen gesehen. Es kam von England und wurde — nach Scotts poetischer Erzählung — „The Lady of the Lake“ genannt. — Der riesige Warenverkehr Hamburgs zur See in Einfuhr und Ausfuhr hatte 1912 einen Wert im Jahresdurchschnitt von 8239 Millionen Mark. — Unter der Personenbeförderung nach überseeischen Ländern nehmen natürlich die Auswanderer einen großen Platz ein. Im Jahre 1881 betrug die Zahl der Auswanderer über Hamburg 123 131, 1890 waren es 99 350, 1900 wurden 80 858 gezählt und 1910 registrierte man 118 131 Personen. — Der gesamte Fremdenverkehr in Hamburg betrug im Jahre 1911 nicht weniger als 690 135 Personen.

Mit diesem enormen Wachstum der Schifffahrt und des Handels mußten aber auch die Hafenanlagen immer weiter ausgebaut, mußte Platz für Schiffe und Raum für Waren geschaffen werden. Der Segelschiffshafen mißt jetzt 350 000 Quadratmeter, er bietet Raum für 100 große Segelschiffe. Seine Lagerhallen sind 2½ Kilometer lang. Der größte Dampfschiffhafen hat eine Tragfähigkeit von 150 000 Tonnen. Im Hafen für große Dampfschiffe fällt der Kofferhafen auf, der eine Lagerfläche von 24 800 Quadrat-

metern hat. Auf seinen Böden können Waren im Gesamtgewicht von 30 Millionen Kilogramm gelagert werden.

Die Freilageranlagen, notwendig geworden durch den aus Drängen Preußens erfolgten Eintritt Hamburgs in den deutschen Zollverein, kosteten 150 Millionen Mark. Diese Anlagen umfassen Lagerhäuser mit zum Teil fünf oder auch gar sechs Stockwerken in solcher Anzahl, daß man von einer Speldeckstadt sprechen kann.

Die Entfaltung Hamburgs als Welthandelsstadt veränderte aber auch im ganzen seine Physiognomie. In erster Linie war der Schiffbau beteiligt. Die Werftbetriebe sind riesig vergrößert worden. Die beiden größten Werften sind der „Bulkan“ und „Blohm und Voß“. Hafen und Werften beschäftigen bis 50 000 Arbeiter.

Ein wichtiges Verkehrsmittel, aber auch eine Sehenswürdigkeit, ist der Elbtunnel, die unterirdische, 23 Meter tief unter den Gebäuden durchführende Straße nach dem Elbseits. Es ist eine Doppelstraße, gebildet durch zwei Rohre, jedes mit einer Fahrbahn, mit Trottoiren auf beiden Seiten. Der Wasserdruck, den die Rohre zu tragen haben, beträgt 2,3 Atmosphären oder 208 Millionen Kilo für jedes Rohr.

Hamburg ist Millionenstadt. Im Jahre 1284 wurde die Stadt vollständig durch eine Feuersbrunst in einen Schutthaufen verwandelt, nur ein Haus blieb stehen, darum im Volksmund noch lange das „helle Haus“ genannt.

Am 14. Jahrhundert wütete die Pest. Wiederholt wurde Hamburg von großen Sturmfluten überschwemmt, wodurch riesige Werte zerstört wurden. Im 17. Jahrhundert nicht weniger als fünfmal. Und die Fürsten und Kriegsheute haben es nicht selten schwer gebraucht. Im Jahre 1718 hielt die Pest zum dritten Male Einzug in Hamburg. Von 70 000 Einwohnern starben in kurzer Zeit 11 000. Durch den großen Brand im Jahre 1842, der vom 5. bis 8. Mai im ganzen 82 Stunden roste, wurde ein großer Teil der Stadt in Asche gelegt. Der Gesamtschaden wurde auf 90 Millionen Mark und 135 Millionen Mark be-

rechnet. Der letzte schwere Schlag traf Hamburg durch die Cholera im Jahre 1892. Am 20. August traten die ersten Cholerafälle auf, und erst am 1. Oktober konnte die Seuche als überstanden betrachtet werden. Sie hatte aber 17 673 Erkrankungen verursacht und bei diesen 7522 Menschenleben gefordert. Als Welt hatte sich möglichst gegen Hamburg abgeschlossen, was besonders der Schifffahrt und dem Handel tiefe Wunden schlug. — Handel und Schifffahrt sind für Hamburg die Haupterwerbsquellen. In dieser Erkenntnis hat Hamburg sein Kolonialinstitut errichtet, eine Stätte wissenschaftlicher Forschung und Bildung zu immer weiterem Vordringen in die Verhältnisse und Erzeugnisse überseeischer Völker und Länder. Und diese Kulturstätte wird weiter gefördert werden.

Hamburg hat Großes geschaffen und ist Großes geworden. Sein Entwicklungsgang vom einsamen Bergneft bis zur modernen Bülterstadt war Arbeit und Sorge, aber auch Ehre und Ruhm. Hier zeigte sich und zeigt sich noch alle Tage weiter von neuem, was Menschengeist und Menschlichkeit als geimete Wirksamkeit vermögen. Rückblickend auf die Vergangenheit und sie mit der Gegenwart als Ganzes im Bilde schauend, sehen wir Wunder vollbracht, die unsern Vorfahren früherer Jahrhunderte als Glaubens- und Märchenwelt erschienen wären. Wir beugen uns dem Genius der Menschheit, bilden aber im Vertrauen zu ihm lebens- und kampfesfrohe in die Zukunft.

Hamburgs Arbeiterkraft, auf der das gigantische Getriebe im letzten Grunde ruht, hat schon in frühen Tagen den Wert der Organisation erkannt. Auch heute noch ist es eine Hochburg der deutschen Arbeiterbewegung, und die ausgebreiteten Bauten der „Produktion“, wie überhaupt die glänzende Entwicklung des Genossenschaftswesens sind berechtete Zeichen ihrer positiven Tätigkeit. Wegen die Delegierten einen Einfluß gewinnen in diese großartige Entwicklung unserer Stadt. Wir heißen sie herzlich willkommen.





